

Working Paper 06/2012

der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften

Frank Bsirske

Eurokrise – Fiskalpakt – sozialökologisches Umsteuern.

Die Überlegungen der ver.di

ISSN 2194-136X

Frank Bsirske, Eurokrise – Fiskalpakt – sozialökologisches Umsteuern. Die Überlegungen der ver.di.
Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 06/2012, Jena
2012.

Impressum

© bei den AutorInnen

DFG-Kolleg-
ForscherInnengruppe –
Postwachstumsgesellschaften

Humboldtstraße 34
07743 Jena

Internet:

www.kolleg-postwachstum.de

Redaktion: Dr. Hanno Pahl,
hanno.pahl@uni-jena.de

Lektorat/Layout: Katharina Osthoff (M.A.),
mail@textarbeit-osthoff.de

Die DFG-KollegforscherInnengruppe „Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. Dynamik und (De-) Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften“ – kurz: „Kolleg Postwachstumsgesellschaften“ – setzt an der soziologischen Diagnose multipler gesellschaftlicher Umbruchs- und Krisenphänomene an, die in ihrer Gesamtheit das überkommene Wachstumsregime moderner Gesellschaften in Frage stellen. Die strukturellen Dynamisierungsimperative der kapitalistischen Moderne stehen heute selbst zur Disposition: Die Steigerungslogik fortwährender Landnahmen, Beschleunigungen und Aktivierungen bringt weltweit historisch neuartige Gefährdungen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Reproduktion hervor. Einen Gegenstand in Veränderung – die moderne Wachstumsgesellschaft – vor Augen, zielt das Kolleg auf die Entwicklung von wissenschaftlichen Arbeitsweisen und auf eine Praxis des kritischen Dialogs, mittels derer der übliche Rahmen hochgradig individualisierter oder aber projektförmig beschränkter Forschung überschritten werden kann. Fellows aus dem In- und Ausland suchen gemeinsam mit der Jenaer Kolleggruppe nach einem Verständnis gegenwärtiger Transformationsprozesse, um soziologische Expertise in jene gesellschaftliche Frage einzubringen, die nicht nur die europäische Öffentlichkeit in den nächsten Jahren bewegen wird: Lassen sich moderne Gesellschaften auch anders stabilisieren als über wirtschaftliches Wachstum?

Frank Bsirske

Eurokrise – Fiskalpakt – sozialökologisches Umsteuern. Die Überlegungen der ver.di

Abstract

This working paper discusses positions toward the euro-crisis as elaborated by the German trade union ver.di and addresses issues of social and ecological reforms. It starts with a look at micro- and macro-economic dimensions, identifying causes of the recent crisis, and then offers a critique of previous strategies of crisis-management within the European Union. The trade unions alternatives to the predominant neoliberal austerity policies are presented with regard to recent debates on growth, arguing for a model of growth that implies a paradigm-shift in the concept of growth itself.

Zusammenfassung

Der Text präsentiert Überlegungen der Gewerkschaft ver.di zu den Themen Eurokrise und sozialökologischer Umbau der Gesellschaft. Zunächst werden mit Blick auf die mikro- und makroökonomische Ebene Ursachen der Krise identifiziert, hieran schließt eine kritische Hinterfragung der bisherigen Krisenpolitik in der Europäischen Union an. Im Fortgang skizziert der Text Alternativen aus gewerkschaftlicher Sicht und setzt diese in Bezug zu den aktuellen Debatten um Wachstumskonzepte. Der neoliberalen Austeritätspolitik wird so eine auf Wachstum ausgerichtete Antikrisenstrategie entgegengestellt, die allerdings einen Paradigmenwechsel im Wachstumsverständnis selbst impliziert.

Address of the author

Frank Bsirske
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
E-mail: info@verdi.de

1. Einleitung¹

Ich komme gerade aus Halle, wo bei S-Direkt, dem zentralen Callcenter der Sparkassen, gestreikt wird, Streikbeteiligung über 80 Prozent. Die Kolleginnen und Kollegen starten mit 1.200,00 Euro brutto, wenn sie vollzeitbeschäftigt sind, und einem Stundenlohn von 7,28 Euro, und sie sagen: „Das machen wir nicht mehr mit.“ Der Arbeitgeber hat unter dem Eindruck des Streiks 15 Prozent Lohnerhöhung angeboten – das ist in der Streikversammlung heute einstimmig abgelehnt worden, weil sie mit einem Stundenlohn von unter neun Euro nicht einverstanden sind. Das ist sehr ermutigend und ich bin stolz, Vorsitzender einer Gewerkschaft zu sein, die so etwas organisieren kann. Das war auf dem Weg nach Jena eine wunderbare Zwischenstation, und ich habe den Kollegen und Kolleginnen versprochen, etwas dazu zu sagen, wenn ich heute hier spreche.

Im Zusammenhang des Forschungsschwerpunktes „Postwachstumsgesellschaften“ Überlegungen zwar nicht der Gewerkschaften, wohl aber der Gewerkschaft ver.di zum Thema Eurokrise und sozial-ökologischer Umbau zur Diskussion zu stellen, ist reizvoll, weil Sie sich in Jena, ebenso wie wir in ver.di, in einem Suchprozess befinden, die Ausgangspunkte und Perspektiven unserer Diskussion viele Berührungspunkte aufweisen, und ein Gedankenaustausch sich schon vor diesem Hintergrund lohnt. Die Leitgedanken der Jenaer Soziologie – die wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik zu entschleunigen, der Unterwerfung von menschlicher Arbeit und natürlicher Ressourcen unter die Verwertungslogik des Kapitals Grenzen zu setzen, schließlich eine lebensweltlich orientierte und der Würde des Menschen verpflichtete Sozialpolitik zu konzipieren – verlangen einen Bruch mit der bisherigen Entwicklungslogik, genauso wie das Leitbild der Postwachstumsgesellschaft ein gänzlich neues Verständnis von Wachstum erfordert. Dass darüber mittlerweile auch im politischen Raum nachgedacht wird, zeigt die Einsetzung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, in der auch ein Vertreter von ver.di mitwirkt. Auch wir gehören zu den Befürwortern eines neuen sozial und ökologisch ausgerichteten Wachstumsverständnisses, wobei die besondere Herausforderung derzeit darin besteht, der die europäische Agenda bestimmenden neoliberalen Austeritätspolitik eine auf Wachstum ausgerichtete Antikrisenstrategie entgegenzustellen und zugleich einen Paradigmenwechsel im Wachstumsverständnis herbeizuführen. Dies ist nicht nur eine soziale und ökonomische, sondern vor allem auch eine politische Herausforderung, befinden wir uns doch seit mehr als vier Jahren in einem wahren Krisenmarathon: Immobilienkrise, Finanzmarktkrise, Währungskrise, Krise des Euroraumes, Krise der Europäischen Union. Jede dieser Krisen trägt den Keim der nächsten schon in sich und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass diese Krisenkonstellation in überschaubarer Zukunft aus sich heraus abbricht. Es kann zurzeit keine Rede davon sein, dass die Perspektiven für einen Ausweg aus der Krise geklärt, geschweige denn in eine Veränderung gesellschaftlicher Kräfte umgesetzt seien. Das trifft in besonderer Weise für Deutschland zu – in einer Situation, wo die Krise sich ungleichmäßig in den europäischen Ländern ausprägt und Deutschland, gern in der Presse als „Jobwunder-

¹ Bei diesem Working Paper handelt es sich um die Verschriftlichung eines Vortrags, den Frank Bsirske auf Einladung der KollegforscherInnengruppe „Postwachstumsgesellschaften“ am 10.07.2012 in Jena gehalten hat.

land“ bezeichnet, nach dem Empfinden vieler momentan außen vor zu sein scheint. Die Krise ist zurzeit gewissermaßen noch die Krise der anderen: Der Griechen, Portugiesen, Iren und Spanier – derjenigen, die, anders als das Deutschland der Agenda 2010, ihre Hausaufgaben noch nicht erledigt haben. Mittlerweile hat die Krise auch Italien und Belgien erreicht, die Niederlande und Finnland sind ebenfalls in die Rezession gerutscht. Kein Wunder, dass die Nervosität auch in deutschen Wirtschaftskreisen steigt, denn Deutschland wickelt 40 Prozent seines Außenhandels mit der Eurozone ab, 60 Prozent mit der Europäischen Union. – Die Krise der anderen kann da schnell zur eigenen Krise werden. Die Politik, die Merkel und Sarkozy den anderen aufgezwungen haben, hat es immer wahrscheinlicher werden lassen, dass genau das eintritt. Ihre Politik vertieft die Krise: Ökonomisch, indem sie den Abschwung forciert; sozial, weil sie die Spaltung zwischen den Mitgliedsstaaten, aber auch innerhalb der Länder verstärkt; politisch, weil sie demokratische Verfahren außer Kraft setzt und erkämpfte Errungenschaften der sozialen Demokratie wie Tarifautonomie und soziale Schutzsysteme zum Teil frontal angreift. Was wir zurzeit erleben, ist ein „seltsamer Triumph gescheiterter Ideen“ (Paul Krugman). Um das besser zu verstehen, möchte ich das Thema in vier Schritten von der Eurokrise zum sozialökologischen Umbau entwickeln. Ich will in einem ersten Schritt sowohl auf der mikro- als auch auf der makroökonomischen Ebene den Ursachen der Krise nachgehen, in einem zweiten Schritt die Krisenpolitik in der Europäischen Union kritisch hinterfragen, drittens Alternativen aus gewerkschaftlicher Sicht skizzieren und viertens diese Alternativen zu aktuellen Debatten um die Konzepte von Wachstum in Bezug setzen.

2. Ursachen der Krise

a) mikroökonomische Ebene

Beginnen wir mit dem Blick auf die Ursachen der Krise, so sehen wir, dass Ausgangspunkt der Finanzkrise ein Immobilien- und Hypothekenboom in den USA war, der durch zwei sogenannte Finanzinnovationen befeuert wurde: erstens durch sogenannte Subprime-Hypotheken, also die Vergabe riskanter Immobilienkredite an Schuldner geringer Kreditwürdigkeit, und zweitens durch eine Lawine von sogenannten Verbriefungen, also Bündelungen von Wertpapieren unterschiedlicher Risikoklassen. Die Kombination dieser sogenannten Finanzinnovationen wurde zum Problem, weil sie dazu führte, dass die Banken zunehmend riskante Kredite vergaben, sogenannte „Ninja-Kredite“, nach dem Motto: no income, no job, no assets, no questions. Da will jemand einen Kredit, der hat zwar keinen Job, kein Einkommen und auch keine Sicherheiten, aber wir fragen gar nicht weiter – er bekommt den Kredit. Das ist eine Praxis, die so normalerweise von keiner Bank gemacht wird, aber dennoch massenhaft praktiziert worden ist, weil es den Banken in den USA mittels der Verbriefungen über eine Bündelung verschiedenster Risikoscheiben, den sogenannten belasteten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations, CDOs), möglich war, die Risiken weltweit ins Finanzsystem zu verteilen. Der Theorie nach sollte das angeblich mit dem Vorteil der Risikominderung durch Risikostreuung einhergehen – in der Praxis wurde die Risikobereitschaft gesteigert und das Ausmaß der aufgehäuften Risiken auch. Am Ende war weder transparent, welches Institut welche belastete Schuldverschreibung (CDO) in den

Bilanzen hielt, noch, welche Hypotheken tatsächlich hinter welchen Verbriefungen steckten. Das mündete in eine grundlegende Vertrauenskrise, die zudem noch dadurch verschärft wurde, dass mit sogenannten Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps, CDS) eine zweite Spekulationspyramide aufgebaut worden war, bei der Finanzinstitute gegen den Ausfall von Krediten anderer Institute wetteten: eine riesige Blackbox als Folge der zunehmenden Deregulierung der Finanzmärkte, die zusammen mit weiteren brisanten Ergebnissen die Entstehung einer Spekulationsblase dieses Ausmaßes ermöglicht hatte. Dazu zählten unter anderem eine exzessive Bilanzausdehnung, unter anderem durch Verlagerung bestimmter Kreditgeschäfte in nicht bilanzierungspflichtige und keiner Eigenkapitalvorschrift unterliegenden Zweckgesellschaften; der Aufbau eines kaum regulierten Schattenbanksystems in Form von Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften; die Übertragung der problematischen Subprime-Hypotheken von einem relativ beschränkten Teil des Finanzmarktes auf das gesamte Finanzsystem wichtiger G7-Staaten; ferner falsche Bewertungen durch Ratingagenturen, unter anderem deshalb, weil diese von den die Wertpapiere ausgebenden Banken bezahlt wurden und damit eher deren Interessen als die Interessen der Anleger vertraten; eine unzureichende Bankenaufsicht mit zersplitterten Zuständigkeiten und ein internationales Regulierungsgefälle zwischen Staaten, dank dessen Finanzinstitute bestimmte Aktivitäten jeweils dorthin verlegten, wo sie am laxesten reguliert waren. Das alles ideologisch unterlegt mit einer geradezu religiösen Marktgläubigkeit und der Annahme effizienter Märkte, die zum Gleichgewicht tendieren würden, wenn man sie nur ließe, und, darauf aufbauend, einem Urvertrauen in mathematische Modelle.

Als die Krise nach der Lehman-Pleite 2008 ausgebrochen war, gab es durchaus Diskussionen darum, ob nicht absehbar gewesen sei, dass diese Spekulationsblase irgendwann platzen und dann der Crash drohen würde, und warum man das Spekulationskarussell nicht schon früher entschleunigt hätte. Ich habe damals eine interessante Antwort in einem Interview gelesen, wo ein Banker sinngemäß sagte: „Naja, das mit dem Spekulationskarussell ist wie beim Fußball. Die Fußballspieler hören auch nicht auf weiterzuspielen, bloß weil die 90. Minute vorbei ist, sondern sie spielen so lange weiter, bis der Schiedsrichter abpfeift.“ Ich habe als Mitglied des Verwaltungsrats der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), der größten deutschen staatlichen Förderbank, gewissermaßen das Vorspiel auf den Abpfiff miterleben dürfen. Ich will das der Anschaulichkeit halber einmal anekdotisch berichten: Im Sommer 2007 drohte die Industriekreditbank (IKB), die eine starke Rolle im Pfandbriefmarkt in der Bundesrepublik hatte, zusammenzubrechen, weil sich herausstellte, dass in einer irischen Zweckgesellschaft fünf Mrd. Euro Risiko versteckt waren, die gerade platzten. Die KfW war damals mit 38 Prozent größter Anteilseigner an der IKB, zweitgrößter Anteilseigner war der Bundesverband der Deutschen Industrie. Vorsitzender des KfW-Verwaltungsrats war Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD), stellvertretender Vorsitzender war Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU). Mitglieder im Verwaltungsrat waren mehrere Ministerpräsidenten der Länder, darunter Roland Koch (Hessen, CDU), mehrere Finanzminister der Länder, darunter Hartmut Möllring (Niedersachsen, CDU), die finanzpolitischen Sprecher aller Bundestagsfraktionen, die Präsidenten aller Bankenverbände in der Bundesrepublik, der Präsident des Bundesverbands des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) und drei Gewerkschaftsvor-

sitzende, darunter ich. Keinem der Verwaltungsratsmitglieder war auch nur entfernt etwas bekannt von den Risiken, die in der IKB lagerten. Aber nicht nur der Verwaltungsrat hatte davon keine Ahnung, sondern der Vorstand der KfW auch nicht, der mit zwei Vorstandsmitgliedern im Aufsichtsrat der IKB saß. Aber nicht nur die hatten keine Ahnung, sondern der Aufsichtsratsvorsitzende der IKB auch nicht – und das war Ulrich Hartmann, langjähriger Vorstandsvorsitzender der E.ON AG, jemand aus dem Zentrum der deutschen Finanz- und Kapitalelite. Auch sonst ahnte im Aufsichtsrat der IKB niemand, dass ein 5-Milliarden-Risiko bei einer irischen Zweckgesellschaft versteckt war, die eine Durchgriffshaftung gegen die IKB hatte. Aber nicht nur denen war das nicht aufgefallen: Das Risiko, das da in der irischen Zweckgesellschaft lagerte, war auch zwei ordentlichen Wirtschaftsprüfungen und drei Sonderprüfungen entgangen. Warum? Weil unter Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) das deutsche Bilanzrecht an das amerikanische angepasst worden war – mit dem Ergebnis, dass Zweckgesellschaften nicht bilanzierungspflichtig waren: Das, was da an Risiken lagerte, war gar nicht bilanzpflichtig. Im Juni 2007 ist der deutsche Steuerzahler mit fünf Milliarden Euro eingesprungen, um den Zusammenbruch der IKB zu verhindern – zweieinhalb Monate später war die nächste außerordentliche Verwaltungsratssitzung der KfW, weil weitere fünf Milliarden Euro beschafft werden mussten, um den erneuten Zusammenbruch der IKB zu verhindern. Selbst führende Vorstandsmitglieder der KfW, alle ausgewiesene Finanzexperten, hatten bis zu diesem Zeitpunkt weder gewusst, dass die IKB im Markt für Credit Default Swaps engagiert gewesen ist, noch, was Credit Default Swaps überhaupt sind.

Was sind Credit Default Swaps? Vereinfacht dargestellt: Eine Bank leiht einem Unternehmen oder einem Privatier einen Kredit und möchte anschließend das Risiko der Kreditvergabe reduzieren. Dafür gibt es Kreditausfallversicherungen: Falls der Kreditnehmer nicht zurückzahlt, bekommt die Bank über die Versicherung einen Teil des Kredits ausgezahlt. Der Anbieter der Kreditausfallversicherung freut sich, denn wahrscheinlich wird der Kreditnehmer zurückzahlen und er hat laufende Einnahmen über die Prämie. Darauf nimmt der Versicherer einen Kredit auf oder, besser noch, er handelt die Kreditausfallversicherung und verkauft sie. Der Käufer der Kreditausfallversicherung freut sich über das Angebot, denn er hat damit laufende Einnahmen und kann von einem überschaubaren Risiko des Kreditausfalls ausgehen. Darauf nimmt der Käufer entweder einen Kredit auf, er verkauft die Kreditausfallversicherung weiter oder, noch besser, er packt die Kreditausfallversicherung mit einer anderen Kreditausfallversicherung zusammen und verkauft diese Packung. Jemand freut sich über das Angebot einer Packung von Kreditausfallversicherungen, denn er hat aufgrund der Prämien laufende Einnahmen und geht von einem überschaubaren Ausfallrisiko aus. Darauf nimmt er entweder einen Kredit auf, verkauft die Packung weiter oder, noch besser, er packt die Packung mit einer anderen Packung zusammen und verkauft diese gebündelte Packung. Jemand freut sich über das Angebot einer gebündelten Packung von Kreditausfallversicherungen, denn er hat laufende Einnahmen und geht von einem begrenzten Ausfallrisiko aus. Darauf nimmt der Käufer entweder einen Kredit auf, er verkauft die Packung weiter oder, noch besser, er bündelt das Bündel mit einem anderen Bündel und verkauft das gebündelte Bündel von Kreditausfallversicherungen. Jemand freut sich über das Angebot usw., usw. Die Pointe liegt darin, dass zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Finanzmarktkrise das Volumen des Marktes von Kreditausfallversicherungen weltweit auf 64.000 Mrd. Dollar geschätzt worden ist, versteckt in einer Spekulations-

pyramide auf Insolvenzwetten, bei denen darauf gewettet wurde, dass ein Kreditnehmer zurückzahlt, ohne überhaupt zu wissen, welche Kreditnehmer in diesen Bündeln von Bündeln von Bündeln steckten; versteckt in einer Spekulationspyramide, von der selbst Vorstandsmitglieder staatlicher Förderbanken bis zum August 2007 nicht wussten, worum es sich überhaupt handelte. Was uns hier ein Jahr vor der Lehman-Pleite begegnet, sind ganz viele Ingredienzien des Gebräus, das ein Jahr später überkochte. Es begegnet uns eine Zweckgesellschaft in Dublin: Als Bankenstandort hat Dublin damit geworben, dass jemand, der einen Antrag auf eine Banklizenz stellt, diese innerhalb eines Tages bekommt – was faktisch bedeutet, dass es keine Prüfung auf die Geschäftsfähigkeit dieser Bank gab. Es begegnet uns die nicht bilanzierungspflichtige Zweckgesellschaft ohne Eigenkapitalvorschriften; es begegnet uns das deregulierte Bilanzrecht, nach dem solche Zweckgesellschaften nicht bilanziell dargestellt werden brauchten. Es begegnen uns Verbriefungen unterschiedlicher Risikoklassen, so dass Fassungslosigkeit herrschte, als die mit der Bestnote AAA gerateten Papiere wertlos wurden, weil sie mit Massen von Schrottpapieren gebündelt waren. Es begegnen uns Ratings von Ratingagenturen, die die Bewertung AAA gaben. Es begegnen uns Kreditausfallversicherungen auf den Ausfall von Papieren, die man selbst nicht besitzen muss, um sich gegen ihren Ausfall zu versichern – als würde man eine Brandschutzversicherung abschließen auf das Haus des Nachbarn und schon mal den Brandsatz präparieren, mit dem man anschließend das Haus des Nachbarn anzündet, um die Brandschutzversicherung zu kassieren. Es begegnen uns Banken, die „too big to fail“ sind, also zu groß, um Pleite gehen zu dürfen. Dies sind die Früchte der Deregulierungsära, deren Zusammenwirken im Gärungsprozess dann, als die Spekulationsblase platzte, zu dem großen Knall geführt hat. Im Umkehrschluss wären sie natürlich Bezugspunkte für notwendige Re-Regulierungsmaßnahmen der Finanzmärkte. Soweit der Blick auf die mikroökonomischen Ursachen der Krise.

b) makroökonomische Ebene

Neben der Relevanz mangelhafter Regulierung der Finanzmärkte sollte freilich auch die Bedeutung makroökonomischer Ungleichgewichte bei der Frage nach den Krisenursachen nicht aus dem Blick geraten. Die Finanzmarktderegulierung der vergangenen Jahrzehnte, einsetzend in der Ära Thatcher/Reagan, dann massiv vorangebracht unter Clinton und in Deutschland unter Schröder, war nur ein Teil einer viel breiter angelegten Deregulierungsagenda der Neoliberalen. Die Idee effizienter Märkte, nicht nur im Hinblick auf Finanzmärkte, sondern auch auf Produkt- und Arbeitsmärkte, ist Grundlage dieser Deregulierungsagenda. Besonders die Deregulierung der Arbeitsmärkte – Stichwort: Hartz IV – hat zum Anwachsen wirtschaftlicher Ungleichgewichte massiv beigetragen und in den unteren Lohnsegmenten zu einem Druck nach unten geführt, wodurch die Einkommensungleichheit zunehmend gewachsen ist – was zusätzlich steuerpolitisch über eine massive Steuerentlastung von Reichen und Spitzenverdienern forciert wurde. In den USA sind beispielsweise über lange Jahre nur die Einkommen der obersten zehn Prozent spürbar gestiegen, selbst im Median hat seit den 1970er Jahren praktisch kein Anstieg der Realeinkommen mehr stattgefunden. Die Lohnquote, also der Anteil der Lohneinkommen und Gehälter

am Volkseinkommen, war im Jahr 2007 in den USA wieder auf dem Niveau des Jahres 1909 angekommen. In Deutschland sank die Lohnquote zwischen 2000 und 2007 dank der Hartz-IV-Gesetze um neun Prozentpunkte – im internationalen Vergleich einer der größten bekannten Abstürze der Lohnquote seit langem. Im Jahr 2007 waren wir in der Geschichte der Bundesrepublik auf einem Tiefpunkt angekommen – bei gleichzeitiger Explosion des Niedriglohnssektors. Durch die wachsende Einkommensschere ist es in vielen Ländern zu einer deutlich verstärkten Ungleichheit gekommen: Rückkehr der Unsicherheit hier, Anhäufung von Reichtum in den Händen weniger dort; Umverteilung weg von den vielen hin zu den wenigen. Die Folgen: einerseits eine Vermögensschwemme bei den oberen sozialen Schichten. Das reichste Prozent der Bevölkerung verfügte in Deutschland zwischenzeitlich über 25 Prozent, die obersten zehn Prozent über 63 Prozent des Nettovermögens. Andererseits sehen wir eine spürbare Verschlechterung der Einkommenssituation des Gros der Privathaushalte und der öffentlichen Haushalte und, damit einhergehend, eine Schwächung des Binnenmarktes. Eine solche Entwicklung bringt natürlich das gesamtwirtschaftliche Problem mit sich, dass die Besserverdienenden tendenziell größere Teile ihrer Einkommen sparen und es auf der Suche nach renditeträchtigen Anlagen über die Finanzmärkten vagabundieren lassen, während die unteren Quintile ihre Einkommen ausgeben. Wenn also bei der Primäreinkommensverteilung zunehmend von unten nach oben umverteilt wird, entsteht daraus ein struktureller Mangel an Konsumnachfrage. Um es platt auszudrücken: Ein Milliardär kauft keine 10.000 Eisschränke, 10.000 Arbeitnehmer tendenziell schon.

Natürlich stellt eine solche Entwicklung eine Herausforderung dar, auf die in den USA und in Deutschland, um einmal diese beiden Beispiele herauszugreifen, übrigens sehr unterschiedlich reagiert wurde. Mit Blick auf die amerikanische Entwicklung muss man wissen, dass die Federal Reserve, also die Zentralbank, anders als die Europäische Zentralbank (EZB) ein ausdrückliches Mandat für einen hohen Beschäftigungsstand hat – in einem Land, in dem die Arbeitslosen, vornehm ausgedrückt, nicht besonders gut abgesichert sind. Sowohl die amerikanische Regierung als auch die Notenbank standen nach dem Platzen der Internetblase 2000 vor der Wahl, ob sie in Kauf nehmen sollten, dass die Nachfrage über Kreditexpansion durch „Ninja-Kredite“ angekurbelt wird, oder ob sie mit einer hoch genug ausfallenden Zinssatzanhebung den die Kreditexpansion tragenden Immobilienboom beenden sollten, was allerdings den Rest der Wirtschaft stark belastet und die Arbeitslosigkeit befördert hätte. Wie wir heute wissen, haben sich die USA für die Kreditexpansion entschieden, und dies zum Teil mit höchst zweifelhaften Finanzinnovationen und -instrumenten. „Ninja-Kredite“ wurden ausgereicht, was Kredit statt Reallohnzuwachs bedeutete und die Wirtschaft durch exzessive Schuldenaufnahme ankurbelte – das Ergebnis waren der Hauspreisboom und die Überschuldung der Privathaushalte. Heute entsprechen die Hypothekenschulden in den USA 40 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, das ist eine gewaltige Zahl. Ähnlich ist übrigens die Situation in Spanien, wo die Banken Kredite über 1,9 Billionen Euro vergeben haben, davon mehr als 60 Prozent für Immobilien, welche jetzt drastisch entwertet werden, was die Probleme der spanischen Banken im hohem Maße erklärt. In Deutschland dagegen wurde versucht, die Binnenmarktschwäche durch eine aggressive Exportstrategie unter Inkaufnahme wachsender ökonomischer Ungleichgewichte zwischen Leistungsbilanzdefizit- und Leistungsbilanzüberschussländern auszugleichen. Eine Strategie, die im Euroraum zu zunehmenden strukturellen Un-

gleichgewichten zwischen den Ländern des Südens und denen des Nordens führte und zu erheblichem Sprengstoff für die Währungsunion wird, je asymmetrischer die Eurozone konstruiert ist. Der einheitlichen Geldpolitik steht keine gemeinsame Fiskalpolitik, keine Koordinierung von Lohn-, Sozial- und Steuerpolitiken gegenüber; die Gemeinschaftswährung ist nicht eingebettet in eine politische Union mit solidarischen Strukturen. Damit fehlen Ausgleichsmechanismen zwischen ungleich entwickelten Mitgliedsstaaten. Nun ist natürlich klar: Wenn in einer Währungsunion ökonomisch sehr heterogene Volkswirtschaften einer einheitlichen Geldpolitik unterworfen werden, nehmen bei fehlenden Ausgleichsmechanismen die Ungleichheiten zwangsläufig zu. Genau das ist auch geschehen und wäre ohnehin über kurz oder lang eklatiert. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und die politischen Reaktionen darauf haben diese Entwicklung freilich massiv beschleunigt.

In der aktuellen Krisenkaskade verknüpfen sich nun die Folgen der Weichenstellungen früherer Jahre in fataler Weise: 30 Jahre neoliberale Hegemonie sind in eine umfassende Strukturkrise des kapitalistischen Akkumulationsprozesses eingemündet. Es lohnt an dieser Stelle daran zu erinnern, dass der Neoliberalismus mit einem umfassenden Freiheits- und Wohlstandsversprechen für eigentlich alle in der Gesellschaft angetreten war, wenn es nur gelänge, die Gesellschaft von den Fesseln staatlicher Bevormundung zu befreien – das meint in erster Linie, aus neoliberaler Sicht, *sozialstaatliche* Bevormundung. Von Milton Friedman stammt der Begriff der neoliberalen Konterrevolution gegen den Sozialstaat. Er meinte das positiv, weil dies aus seiner ideologischen Sicht Voraussetzung für mehr individuelle Autonomie und für die Entfaltung von Freiheit und Wohlstand tendenziell für alle war. 30 Jahre neoliberale Hegemonie waren 30 Jahre einer geradezu religiösen Marktgläubigkeit, 30 Jahre des Hohelieds auf effiziente Märkte und auf Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung und maximalen Profit – und am Ende die Sozialisierung der Verluste. Es waren die Staaten und die Steuerzahler, die die Banken und die Wirtschaft mit hunderten von Milliarden, ja Billionen Euro und Dollar vor dem Totalschaden bewahren mussten – durch Bankenrettung und Konjunkturpakete und um den Preis steigender Staatsschulden. Kaum aber war das geschehen, haben die eben noch von den Staaten Geretteten begonnen, Jagd auf ihre Retter zu machen und Wetten auf deren Ruin abzuschließen – man könne ja nicht wissen, ob und wie lange sich die Retter das weiter leisten können und ob es überhaupt ein zweites Mal gäbe. Ratingagenturen, die eben noch Schrottpapieren Bestnoten gaben, urteilen nun über die Kreditwürdigkeit von Staaten, und Hedgefonds, die erst kürzlich Milliardensummen in Geisterstädten an der Costa del Sol versenkt haben, diktieren Finanzministern nun, was sie zu tun haben, und rufen nach weiterer Liberalisierung und Privatisierung. Das nenne ich einen „seltsamen Triumph gescheiterter Ideen“: Erst sind die Verluste der Banken an die Staaten weitergereicht worden, und nun machen sich interessierte Kreise daran, die durch die Deregulierung der Finanzmärkte verursachte Krise zu einer Staatsschuldenkrise umzudeuten. In dieser Erzählung wird Marktversagen in Staatsversagen uminterpretiert – musterhaft übrigens erlebbar bei Angela Merkel, als sie sich im Juni 2010 vor die Presse stellte und sagte: „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt und werden jetzt durch die Märkte zur Disziplin gezwungen.“ – Da stutzt man, reibt sich die Augen und fragt sich: „Wir“? Wen meint sie eigentlich mit dem „Wir“? Dem Sparpaket der Bundesregierung im Sommer 2010 konnten wir ent-

nehmen, dass sie damit Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner meinte, gerade so, als seien große Teile der Staatsschulden nicht Folge von Bankenrettungs- und Konjunkturpaketen, sondern Ergebnis verschwenderischer Sozialleistungen. So werden die Dinge umgedeutet.

3. Krisenpolitik in der EU

Im Zeichen dieses Umdeutungsversuches erleben wir gegenwärtig, wie die Europäische Union in einem geradezu atemberaubenden Tempo in eine reine Wirtschafts- und Wettbewerbsunion verwandelt wird; erleben, wie das Soziale auf der Strecke bleibt, die Sozialunion sträflich vernachlässigt wird und auch vor Eingriffen in soziale Grundrechte nicht mehr zurückgeschreckt wird. Nicht nur in Griechenland, auch in Portugal, Irland, Spanien und Italien zielt die Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfond (IWF) mittlerweile unverhohlen auf die Beseitigung eines ganzen Systems von Arbeitsbeziehungen und Kollektivverträgen, immer mit dem Ziel, Lohnfindungen zu dezentralisieren, sie möglichst auf die Unternehmensebene oder gleich auf die einzelvertragliche Ebene zu verlagern und es so zu vereinfachen, das Lohnniveau zu senken. Gerade erst im Frühjahr dieses Jahres ist auf Druck der Troika in Griechenland per Gesetz die Nachwirkung von Tarifverträgen aufgehoben worden: Wenn ein ausgelaufener Tarifvertrag drei Monate nach dem Zeitpunkt des Auslaufens nicht erneuert worden ist, entfällt er ersatzlos und es greift dann die einzelvertragliche Festlegung des Lohns. Das bleibt nicht auf Griechenland beschränkt; in Portugal hat die Regierung Tarifverträge per Gesetz außer Kraft gesetzt und schreibt die Absenkung der Löhne vor, während zeitgleich die Europäische Zentralbank in einem Brief (von Trichet damals noch) an die italienische Regierung die Verbetrieblichung des Lohnfindungssystems in Italien verlangte, also die Aufgabe von Flächentarifverträgen und die Hinwendung zu einer betrieblichen Lohnfindung.

Hat man sich so das Projekt einer marktkonformen Demokratie vorzustellen, von der Frau Merkel spricht: Druck auf die Löhne, die Renten, das Arbeitslosengeld; Druck auf die sozialen Sicherungssysteme, Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmer und auf ihre Gewerkschaften? – Das jedenfalls ist die Politik des sogenannten Euro-Plus-Paktes, auf den sich die europäischen Regierungen auf den Druck Merkels und Sarkozys im Herbst des letzten Jahres verständigt haben. In der ursprünglichen Beschlussvorlage von Merkel und Sarkozy stand, dass Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst die Lohnpolitik in der Privatwirtschaft erleichtern sollten. Das wurde etwas verklausuliert, im aktuellen Text heißt es, die Lohnpolitik im öffentlichen Dienst solle künftig die Wettbewerbsfähigkeit der privaten Wirtschaft fördern. Man braucht nicht allzu viel Fantasie, um sich vorzustellen, was das praktisch bedeutet. Rente erst ab 67, und zwar europaweit, ist dort vereinbart worden. Alle Staaten haben zu prüfen, ob sie sich nicht nur ihr Rentensystem, sondern auch ihr Gesundheitssystem nach der Bankenrettung noch länger leisten können. Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen, worauf das hinausläuft: Diese Politik führt zu einer europäischen Wettbewerbsunion der niedrigsten Löhne, der niedrigsten Unternehmenssteuern und der niedrigsten sozialen Standards, während die Staaten zeitgleich ihre Ausgaben kürzen sollen, auch wenn sie sich dabei in die Rezession sparen. Das ist aus meiner Sicht eine außerordentlich

bedrohliche Entwicklung, die über kurz oder lang auch auf Deutschland zurückschlagen wird. Was da im Namen von Wettbewerbsfähigkeit und Haushaltskonsolidierung mit dem Euro-Plus-Pakt auf den Weg gebracht wird und, jetzt neu, mit dem Fiskalpakt, spart Europa in die Krise und drängt einzelne Länder schon heute immer schneller in Richtung eines wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruchs. Und ich frage mich, ob man wirklich glaubt, den Mitgliedsstaaten durch strikte öffentliche und private Kostensenkungspolitik so viele Wettbewerbsvorteile verschaffen zu können, dass damit die negativen Nachfrageeffekte dieser Politik ausgeglichen werden können? Wer soll eigentlich die in Europa produzierten wettbewerbsfähigeren Waren kaufen, wenn dort zeitgleich der private und der öffentliche Konsum drastisch beschnitten werden? Die Antwort, die die Verfechter dieser Politik auf diese Frage bereithalten, lautet: Die anderen. Bei einer Begegnung mit dem Vorsitzenden der größten englischen Gewerkschaft UNISON sprachen wir über dieses Thema und ich fragte: „Was erzählt denn David Cameron, wer soll denn überhaupt kaufen? Ihr seid es doch nicht mehr.“ „Ja“, antwortete der, „die anderen, wird uns gesagt, die Europäer.“ Während in der EU eine Politik betrieben wird, die die Konsumtionsfähigkeit sowohl der öffentlichen als auch der privaten Haushalte massiv einschränkt, wird auf die Frage, wer denn kaufen soll, geantwortet: „Die anderen.“ Die anderen, das sind die Amerikaner, die Briten und die Schwellenländer – nur dass die Amerikaner die Politik des Konsums auf Pump so nicht mehr fortsetzen können, die Regierung in Großbritannien selbst auf eine Überdosis Sparen setzt und in den Schwellenländern die Konjunkturdynamik nachlässt. Ich bin deswegen der festen Überzeugung, dass diese Politik nicht nur unsozial ist, sondern auch ökonomisch nicht funktionieren kann. Es gibt weltweit nicht ein einziges Beispiel dafür, dass Kürzungen von Löhnen, Renten und Sozialleistungen ein krankes Land genesen lassen. Die Chancen, dass weitere Einsparungen die Probleme lösen, liegen nahe Null; eine Überdosis Sparen macht alles nur noch schlimmer. Ich habe beim Geburtstag von Michael Sommer, in Anwesenheit praktisch des gesamten Bundeskabinetts und von Frau Merkel, bei der Festrede für den DGB-Vorsitzenden gefragt, wie es eigentlich den Verfechtern dieser Politik in den Ohren klingen muss, wenn eine Ratingagentur wie Standard & Poor's unmittelbar nach der Herabstufung der Kreditwürdigkeit von neun Euroländern mit weiteren Herabstufungen droht, weil, so wörtlich, die aktuelle Strategie der Eurostaaten „selbsterstörerisch“ sei. Der geplante Fiskalpakt, führt Standard & Poor's zur Begründung an, ziele „zu einseitig auf verschärftes Sparen, ohne das Wachstumspotenzial zu heben, was die Gefahr einer schweren Rezession in Europa vergrößere“. In der Tat, diese Politik ist unsozial, sie treibt Europa in die Rezession und bewirkt, dass in immer mehr Ländern große Teile der Gesellschaft verarmen und sich immer mehr Menschen mit Bitterkeit von Europa abwenden. Ich bin wirklich weit davon entfernt, mit Ratingdiagnosen von Standard & Poor's als Katechismus unter dem Arm herumzulaufen, aber wo sie Recht haben, haben sie Recht: Die Charakterisierung dieser Politik als „selbsterstörerisch“ bringt die Dinge in der Kritik an dieser Politik sehr gut und treffend auf den Punkt.

Zugleich, und auch das gehört zu dem Bild, das sich da gegenwärtig bietet, hebt diese Politik demokratische Prozesse aus. Der Fiskalpakt soll nämlich nur dann kündbar sein, wenn ihn alle Unterzeichnerstaaten gleichzeitig kündigen wollen. Will auch nur ein einziger Staat von 25 am Fiskalpakt festhalten, ist eine Kündigung des Fiskalpaktes selbst mit verfassungsändernden Mehrheiten nicht möglich.

Juristen sprechen von „Ewigkeitsgarantie“ für den Fiskalpakt – aus meiner Sicht ist das mit dem Gedanken der Volkssouveränität nur schwer in Einklang zu bringen. Mal ganz davon abgesehen – wir sind noch auf der Ebene demokratischer Legitimation –, dass es höchst fragwürdig ist, wenn ein Parlament Souveränitätsrechte nicht etwa an das Europäische Parlament abtritt, was nachvollziehbar wäre, sondern an demokratisch nicht hinreichend legitimierte Institutionen, wie es die Europäische Kommission und der Europäische Gerichtshof nun einmal sind. So untergräbt man die politische Legitimation des europäischen Projektes. So legt man eine Zeitbombe an die europäische Integration – eine Zeitbombe, die bereits zu ticken begonnen hat, weshalb die Gewerkschaften des Europäischen Gewerkschaftsbundes, auch die DGB-Gewerkschaften, sich darin einig waren, diesen Fiskalpakt abzulehnen. Er fußt auf einer – vorsichtig formuliert – unzureichenden, besser: falschen Problemdiagnose, weil die Eurokrise nicht nur, nicht einmal in erster Linie, auf fiskalisches Fehlverhalten zurückzuführen ist. In der jetzigen Situation zwingt er viele Länder auf den Weg der Aufgabenkürzungen, was prozyklisch wirkt, mit Regelungen wie der „Ein-Zwanzigstel-Regelung“, die die Staaten dazu zwingt, Jahr für Jahr ein Zwanzigstel der die 60-Prozent-Schuldengrenze überschießenden tatsächlichen Schuldenquote abtragen zu müssen. Dabei ist völlig unklar, wie Spanien oder Italien diesen Weg überhaupt mit einem Pakt gehen können sollen, dem eine immanente Dynamik zur Kürzungspolitik innewohnt und der insofern als Investitions- und Wachstumsbremse wirkt, als es aus meiner Sicht auch schlicht kontraproduktiv ist, den Staaten vorzugeben, Zukunftsinvestitionen nicht mehr über den Finanzmarkt zu finanzieren – das würde kein Unternehmen machen. Nicht mehr auf Pump in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur oder Umwelt zu investieren, wenn dadurch Schuldengrenzen verletzt werden, selbst wenn die Renditen von Zukunftsinvestitionen höher sind als ihre Finanzierungskosten, das ist auch betriebswirtschaftlich grober Unfug. Kurz: Was da auf den Weg gebracht worden ist, birgt enormen sozialen Sprengstoff, ist ökonomisch unsinnig und im Hinblick auf demokratische Entscheidungsprozesse fragwürdig. Deswegen haben wir, man muss sagen: vergeblich, für eine Ablehnung des Fiskalpaktes plädiert. Ihn abzulehnen allein reicht freilich nicht aus: Wir brauchen einen politischen Richtungswechsel in Deutschland und in Europa. Damit komme ich zum dritten Teil.

4. Alternativen aus gewerkschaftlicher Sicht

Finanztransaktionen – um nur einige Schlaglichter zu setzen – müssen künftig drastisch besteuert werden. Die Finanzmarktakteure als Krisenverursacher müssen zur Finanzierung der Krisenlösung wirksam herangezogen, die Finanzmärkte reguliert sowie der Bankensektor neu geordnet werden. Man muss ernsthaft über eine Trennung von Investitions- und Geschäftsbanken nachdenken. Für Staatsanleihen muss die Eurozone gemeinsam bürgen; die gemeinschaftliche Haftung, der Gottseibeius für CDU und FDP, ist aus meiner Sicht unvermeidlich. Solange die Spekulanten, die sogenannten Finanzmärkte, Staaten isoliert angreifen und isoliert gegen sie spekulieren können, wird die Eurokrise nicht zu stoppen sein. Wir kommen nicht daran vorbei, in eine gemeinschaftliche Haftung zu gehen. Die Staatsfinanzen müssen darüber hinaus von den Kapitalmärkten entkoppelt werden. Es ist aberwitzig, dass die Europäische Zentralbank den privaten Banken über eine Billion Euro Kredit zu einem Zinssatz von

einem Prozent für einen Dreijahreskredit ausreicht, damit diese anschließend Staatsanleihen mit Krediten zu einem Zinssatz von sechs oder sieben Prozent kreditieren können, während den Staaten untersagt ist, sich selbst, beispielsweise über eine Bank für öffentliche Anleihen, von der Europäischen Zentralbank kreditieren zu lassen. Es ist aberwitzig: Die Notenpresse zur direkten Finanzierung von staatlichen Zukunftsinvestitionen und industrie- und sozialpolitischen Wachstumsbeiträgen anzuwerfen, wäre demnach des Teufels; die Notenpresse zur Flutung überspekulierter Bankbilanzen anzuwerfen, ist dagegen marktkonform. Das macht keinen Sinn, und es erschließt sich mir auch nicht als besonders nachhaltig, erst eine Billion Euro auszureichen, damit die Banken Staatsanleihen kaufen können, und ein paar Wochen später den Staaten Milliarden als Kredit auszureichen, damit sie ihre Banken rekaptalisieren können. Eine Antwort auf diese Herausforderung ist deshalb aus unserer Sicht eine Bank für öffentliche Anleihen, die zu den gleichen Bedingungen Kredite bei der EZB aufnehmen kann wie die privaten Banken, und diese zu sehr viel niedrigeren Zinsen an die Staaten weiterreicht.

Die europäische Geldpolitik ist neben dem Ziel der Geldwertstabilität auf wachstums- und beschäftigungspolitische Ziele zu verpflichten. In Staaten mit hohen Schulden müssen durch Hilfen neue Entwicklungsperspektiven eröffnet werden. Wir brauchen eine europaweite Investitionsoffensive, einen Marshallplan mit Investitionen in Infrastruktur, in Energiewendeprojekte – Investitionen, die eine neue Wachstumsdynamik bewirken, auch für die Länder des Südens, aber unter sozialökologischem Vorzeichen konkretisiert werden. Natürlich haben diese Länder Hausaufgaben zu machen, und nicht wenige: Sie müssen ohne Frage konsolidieren. Aber man muss die Konsolidierungszeiträume strecken, weil das Regime, dem sie jetzt unterworfen werden, sie an den Rand des Abgrundes führt und zum Teil darüber hinaus. Natürlich gibt es Handlungsbedarfe; ich deute an dieser Stelle nur einen an: Griechenland. Die Bundesrepublik ist seit Jahren drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt. Der zweitgrößte Abnehmer deutscher Rüstungsprodukte weltweit ist Griechenland, auf Platz eins ist die Türkei, und beide schippern immer mit den in Deutschland gekauften U-Booten in der Ägäis aneinander vorbei und beobachten, was der andere gerade macht. Griechenland hat ein völlig marodes, extrem ungerechtes Steuersystem; die Altparteien haben sich den Staat wechselseitig zur Beute gemacht. Das sind Strukturen, die nicht toleriert werden können, wo Handlungsbedarf deutlich erkennbar ist und wo gehandelt werden muss. Aber Handlungsbedarf gibt es eben nicht nur dort. Handlungsbedarf gibt es auch bei uns.

Es ist ein Gebot der Stunde, den Binnenmarkt in Deutschland zu stärken. Gerade angesichts der akuten Krisenentwicklung bei unseren Haupthandelspartnern hängt die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2012 und in den kommenden Jahren maßgeblich vom Binnenmarkt ab. Auf der einen Seite müssen die Löhne wieder stärker steigen als in den vergangenen Jahren und in der Tendenz auf Jahre hinaus auch oberhalb des kostenneutralen Verteilungsspielraumes aus Produktivitätszuwachs und Inflationsrate, während auf der anderen Seite in den Leistungsbilanzdefizitländern die Lohnpolitik eher unterhalb des kostenneutralen Verteilungsspielraumes gehalten werden muss. Denn alle Bemühungen der Krisenländer werden erfolglos bleiben, solange sie ihre Lohnstückkosten nicht relativ zu den Deutschen verringern. Das heißt im Umkehrschluss: Deutschland muss zulassen, dass es gegen-

über seinen europäischen Handelspartnern an Wettbewerbsfähigkeit verliert, und Defizite im Außenhandel oder jedenfalls einen deutlichen Rückgang der Leistungsbilanzüberschüsse akzeptieren. Wenn es dazu nicht bereit ist, ist das Scheitern des Euro vorprogrammiert. Heiner Flassbeck nennt dies die Quadratur des Kreises: Einerseits Exportüberschüsse durch quasi unaufholbare Wettbewerbsvorsprünge erzielen zu wollen, andererseits aber auf der Zahlungsfähigkeit der Wettbewerbsschwachen zu bestehen, kann nicht gelingen – ein Gedankengang, der sehr plausibel ist.

Des Weiteren brauchen wir in der Bundesrepublik eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt und eine Zurückdrängung des Niedriglohnsektors und der prekären Arbeit. Dazu gehört die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns auf dem Niveau unserer westeuropäischen Nachbarländer, das im Schnitt jetzt etwas oberhalb von 8,50 Euro liegt. In Frankreich hat Hollande gerade den gesetzlichen Mindestlohn auf 9,40 Euro angehoben, während es in der Bundesrepublik immer noch 1,2 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Stundenlöhnen von fünf Euro und weniger gibt. Das ist arbeitende Armut, nichts anderes. Zu einer neuen Ordnung am Arbeitsmarkt gehört auch, dass gleiche Arbeit gleich bezahlt wird – egal, ob es sich um Leiharbeit oder um Stamarbeit handelt. Die gesetzliche Möglichkeit zur sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen muss abgeschafft werden, ebenso wie die Sozialversicherungsfreiheit von Minijobs. Werkverträge und Scheinselbstständigkeit müssen rechtlich eingegrenzt und beschränkt werden, damit sie nicht als Möglichkeit der Umgehung von gesetzlichen Mindestlohn- und Equal-Pay-Vorschriften missbraucht werden. Durch eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt muss es auch leichter werden, Tarifverträge allgemeinverbindlich erklären zu können, damit die Tarifbindung in Deutschland wieder zunimmt. Von all dem würden in hohem Maße Frauen profitieren, denn nach wie vor hat der Niedriglohnsektor ein überwiegend weibliches Gesicht. Die Rückkehr der Unsicherheit, die Entsicherung der Arbeit, die wir seit Jahren erleben, trifft vor allem Frauen und Jugendliche. Mehr als 30 Prozent der Erwerbstätigen unter 35 Jahren arbeitet unter unsicheren Bedingungen in Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit oder unfreiwilliger Teilzeit. Sie arbeiten zu Niedriglöhnen, die nicht ausreichen, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Jeder zweite Berufsanfänger wird nur noch befristet eingestellt, was nicht nur den beruflichen Einstieg, sondern auch die persönliche Lebensplanung erschwert. Dieser millionenfachen Entsicherung muss im Interesse der Jungen und der Frauen sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt entgegengewirkt werden.

Wir brauchen auch eine bessere Sicherung im Alter. Ich erlebe zum Teil absolut betretene Gesichter auf Betriebsversammlungen, wenn die Resultate der Teilprivatisierung der Alterssicherung zur Sprache kommen: Riesterrente, Nachhaltigkeitsfaktor, Nachholfaktor und zuletzt die Rente erst ab 67, die nun auf den Weg gebracht worden ist. Das Rentenniveau ist in den letzten zehn Jahren bereits um 25 Prozent abgesenkt worden, und wenn nicht gegengesteuert wird, wird das so weitergehen. Auf dem Rentenniveau des Standardrentners – der Standardrentner ist jemand, der 45 Versicherungsbeitragsjahre aufweist und immer durchschnittlich verdient hat –, bildet die Rente 51 Prozent des letzten Verdienstes ab. Das soll gesenkt werden auf 43 Prozent ab dem Jahr 2030. Das Problem ist, dass viele gar nicht das Standardrentnerniveau erreichen. Ein heute 20- bis 25-jähriger Durchschnittsverdiener, der durchschnittlich, also heute etwa 2.750 Euro, verdient, wird 35 Beitragsjahre brauchen, um Hartz-IV-

Niveau in der gesetzlichen Rente zu erreichen. Das bedeutet, dass jemand, der nur drei Viertel des Durchschnitts verdient, also etwa 2.000 Euro, 45 Beitragsjahre braucht, um Hartz-IV-Niveau in der gesetzlichen Rente zu erreichen. Jemand, der überhaupt keine Beiträge gezahlt hat, bekommt als Grundsicherung das Gleiche. Das ist kein Einwand gegen das Grundsicherungsniveau, im Gegenteil, wohl aber eine Kritik an einer Rentenpolitik, die derartige Voraussetzungen und Hürden errichtet für eine Rente, mit der man auch nur annähernd überhaupt über die Runden kommen kann. Schauen wir uns einmal den Unterschied zwischen dem Rentendurchschnittsniveau von Bestandsrentnern im Jahre 2011 im Verhältnis zu den Rentenneuzugängen und deren Durchschnittsniveau an: Die Durchschnittshöhe der Bestandsrentner bei Männern in Ostdeutschland liegt bei 1.020 Euro; die Durchschnittsrente der Rentenneuzugänge liegt bei 780 Euro. Das heißt, im letzten Jahr hatten wir eine Kluft zwischen dem durchschnittlichen Bestandsrentnerebene und dem Durchschnitt der Rentenneuzugänge von mehr als 200 Euro – und diese Entwicklung dauert an. In Westdeutschland liegt die Durchschnittshöhe der Bestandsrente übrigens bei Männern bei 980 Euro, die Durchschnittshöhe der Rentenneuzugänge bei 820 Euro. Die Kluft ist nicht so ausgeprägt wie im Osten, aber auch schon massiv – und das dicke Ende kommt erst noch. Da muss man ran, denn was sich hier aufbaut, das ist Altersarmut im großen Stil als ein Problem für Millionen von Menschen. Das kann so nicht akzeptiert werden. Deswegen die Forderung nach Mindesteinkommen in der Rente, wo Zeiten im Niedriglohnbezug und in der Arbeitslosigkeit aufgewertet werden; wir fordern Steuermittel und Weiteres. Ich will das an dieser Stelle nicht vertiefen. Es ist natürlich auch klar, dass es nach wie vor keinen Frieden mit der Rente erst ab 67 geben wird, weil sie unter Bedingungen, wo überhaupt nur etwas über 20 Prozent der 64-Jährigen die Rente am Arbeitsplatz erreichen, nichts als ein Rentenkürzungsprogramm ist und sich frontal gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer richtet.

So wie die Reregulierung des Arbeitsmarktes es den Gewerkschaften auch in der Lohnpolitik einfacher machen wird, helfen Verbesserungen der Alterssicherung den Rentnerinnen und Rentnern. Beides stärkt den Binnenmarkt und muss ergänzt werden durch eine Verstärkung öffentlicher Investitionen in Bildung, Umwelt, Energiewende und öffentliche Infrastruktur – alles Bereiche, in denen lange schon hoher Handlungsbedarf besteht; Bereiche, die unter der strukturellen Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte leiden. Es braucht keine Herdprämien oder diesen CSU-Unsinn vom Betreuungsgeld, sondern Investitionen in Krippen, Kitas, Schulen und Hochschulen; Investitionen nicht nur in Beton, sondern auch in Köpfe. Es braucht Investitionen in den Klimaschutz und Verbesserungen bei der Pflege in den Krankenhäusern wie auch in der Pflege Älterer in Größenordnungen, die nach Milliarden zählen. Sie einzufordern, heißt nicht, für ungehemmte weitere Verschuldung zu plädieren; sie können mit einer anderen Verteilungspolitik als bisher solider finanziert werden, über eine Umverteilung, diesmal von oben nach unten. Spielräume dafür gibt es noch und nöcher. Ich war einigermaßen erstaunt zu lesen, dass heute nur noch knapp fünf Prozent des gesamten deutschen Steueraufkommens aus der Unternehmensbesteuerung stammen. Es ist überfällig, dafür zu sorgen, dass Deutschland aufhört, bei der Besteuerung von großen Erbschaften und Vermögen eine Steueroase zu sein. Ist das jetzt die übliche Polemik eines zur Zuspitzung neigenden Gewerkschaftsvorsitzenden? Dazu eine kleine Anekdote: Im

Juni 2010 fand der Fachkräftegipfel mit der Bundeskanzlerin und dem Bundeskabinett auf Schloss Meseberg statt. Alle waren da, bis auf den damaligen Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) und den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel (FDP); außerdem die Spitzen der Wirtschaftsverbände und drei Gewerkschaftsvorsitzende, darunter ich. Zu den einzelnen Themenblöcken waren Experten eingeladen; zum Thema nachhaltige Finanzpolitik Clemens Fuest, zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium, ein in der Welle gefärbter Neoliberaler mit Lehrstuhl in Oxford. Er fing an zu sprechen, und so nach drei, vier Minuten sagte er, es gebe ja Leute, die würden behaupten, Deutschland sei bei der Besteuerung großer Erbschaften und Vermögen eine Steueroase. Die hätten recht, das sei tatsächlich so. – Überraschung, Fassungslosigkeit. Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schauten sich an, damit hatten sie nicht gerechnet. Rechts neben Merkel saß Außenminister Guido Westerwelle (FDP) und tat so, als hätte er nichts gehört. Er hatte noch im Bundestagswahlkampf 2009 erklärt, dass die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger es als eine Wohltat begreifen würden, wenn die Enteignung über die Erbschaftssteuer beseitigt wird. Er weiß, dass er die Unwahrheit sagt; er weiß, dass das Gegenteil dessen, was er erzählt, wahr ist. Das stört ihn aber nicht, er verfälscht dennoch die Tatsachen.

Peter Bofinger vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung schätzt, dass wir jedes Jahr etwa 25 bis 30 Mrd. Euro Mehreinnahmen hätten, wenn wir nur auf das Durchschnittsbesteuerungsniveau großer Erbschaften und Vermögen in der Europäischen Union aufschließen würden. Man muss Schluss damit machen, dass wir bei der tatsächlichen Besteuerung von Kapital und Unternehmensgewinnen ein Niedrigsteuerland sind. Das sage nicht nur ich, das sagt auch die Europäische Kommission, die regelmäßig einen Bericht zur Entwicklung der Steuerpraxis in der Europäischen Union, den EU-Taxation-Report, herausgibt. Dem letzten Bericht war zu entnehmen, dass die Bundesrepublik bei der tatsächlichen Besteuerung von Kapital- und Unternehmensgewinn um zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts vom Durchschnittsbesteuerungsniveau dieser Steuerarten in der Europäischen Union entfernt ist, inklusive der mittelosteuropäischen Staaten. Zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das sind 54 Milliarden Euro, gemessen an unserem Bruttoinlandsprodukt, die uns trennen vom Durchschnittsbesteuerungsniveau in der Europäischen Union. Allein diese beiden Posten zusammen sind 70 bis 85 Milliarden Euro Mehreinnahmen jährlich, wenn wir auf das Durchschnittsbesteuerungsniveau dieser Steuerarten in der Europäischen Union aufschließen würden. Im Lichte dieser Fakten ist das, was da auf den ersten Blick als Schuldenkrise des Staates erscheint, in Wirklichkeit die Krise eines Steuerstaates, der sich den Luxus leistet, seine Geldvermögensbesitzer steuerlich zu privilegieren. Es ist klar, dass ein Staat, der sich den Luxus leistet, seine Geldvermögensbesitzer unterzubesteuern, gemessen am Durchschnittsbesteuerungsniveau der Europäischen Union, sich das Geld, was ihm zur Wahrnehmung seiner Aufgaben fehlt, anschließend bei eben diesen Geldvermögensbesitzern gegen mehr oder weniger teure Zinsen leihen muss – zurzeit sehr billige Zinsen, was aber nicht so bleiben muss. Oder er muss an Aufgabenabbau und Sozialabbau gehen. Das ist das, was wir im Moment erleben. Das ist aber alles andere als gottgegeben. Es ist unsere Aufgabe in den kommenden Monaten – und das ist die Forderung der Gewerkschaften Richtung Bundestagswahl 2013

und an die politischen Parteien –, dafür zu sorgen, dass sich grundlegend etwas ändert. Ein politischer Richtungswechsel eben.

Soweit der Versuch, einige Stichworte für die Analyse der Krisenursachen in Auseinandersetzung mit dem Kurs zu nennen, der gegenwärtig in der Europäischen Union eingeschlagen wird. Ich denke, ich habe deutlich gemacht, dass ich fest davon überzeugt bin: Wir brauchen mehr Europa! Das beinhaltet übrigens auch die Abtretung von Souveränitätsrechten, aber nicht an dafür nicht hinreichend demokratisch legitimierte Institutionen, sondern an das Parlament, was mit vielen offenen Fragen einhergeht – aber die muss man dann eben diskutieren. Und es besteht Handlungsbedarf nicht nur bei den anderen, sondern auch bei uns, was die Auseinandersetzung mit der Rückkehr der Unsicherheit und der Unterwerfung von Millionen Menschen unter die Verwertungslogik des Kapitals angeht.

5. Die Wachstumsdebatte

Das reiht sich ein in eine kritischer werdende Debatte über Wachstum und den Zusammenhang von Wachstum und Wohlstand. Hier sind wir bei der Diskussion um die Postwachstumsgesellschaft, wo ich in der Diskussion im Wesentlichen drei Hauptströmungen sehe: zunächst eine wachstumsoptimistische Position, die eine reine Wachstumspolitik vertritt, die Wachstum mit BIP-Wachstum gleichsetzt und das wiederum mit Wohlförderung. Diese Position hält eine reine Wachstumspolitik nach wie vor für die beste Politik, um den Wohlstand zu steigern – obwohl doch klar ist, dass Wachstum mittlerweile an anderer Stelle auch wohlfördernde Auswirkungen hat, wie zum Beispiel beim Klimawandel. Am klarsten manifestiert sich diese wachstumseuphorische Sicht in der neuen Wachstumskampagne der FDP, diesen – wie soll man sagen? – pathologischen Realitätsverweigerern. Die Slogans der FDP sind: „Wachstum ist gesund“ und „Wachstum ist wie Frühling“. Eine forcierte Wachstumspolitik durch eine Entfesselung der Marktkräfte mittels Deregulierung, Entstaatlichung und Liberalisierung gilt hier nach wie vor als das richtige Mittel, um über eine Rückkehr auf den Wachstumspfad heutige wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme zu lösen und so Wohlstand und Lebensqualität weiter zu steigern. Da sind harte Ideologen zugange und, gleichzeitig, pathologische Realitätsverweigerer. Demgegenüber betont das, was ich eine wachstumsrealistische Perspektive nennen möchte, die Tendenz eines Rückgangs der Wachstumsraten in den entwickelten Industriegesellschaften, was evident und eindeutig ist. Allein schon aufgrund der demographischen Entwicklung seien zukünftig nur noch geringe Wachstumsraten zu erwarten, jedoch ließen sich durch eine andere Verteilungspolitik, die die Masseneinkommen steigert, und durch eine Ausweitung öffentlicher Ausgaben insbesondere für Umwelt, Bildung und Infrastruktur, finanziert durch eine stärkere Belastung von hohem Einkommen und Vermögen, noch am ehesten Wachstumsreserven sinnvoll und vernünftig mobilisieren. Der Zusammenhang von Wachstum und Wohlstand wird dabei hinterfragt; andere Dimensionen des Wohlstandes, die durchaus im Widerspruch zum BIP-Wachstum stehen, werden thematisiert. Hierhin gehören Themen wie die Qualität der Arbeit, die Bedeutung von Arbeit im informellen, nicht marktvermittelten Sektor, die Länge der Arbeitszeit, Stichwort: Zeitwohlstand, aber auch Fragen der Konsumentensouveränität und der

Qualität und Quantität der Produkte. Im Vordergrund steht für diese Position die politische Gestaltung einer qualifizierten, ebenso nachhaltigen wie sozial inklusiven, einschließenden Entwicklung. Eine Mittelstellung zwischen diesen beiden Positionen nimmt in gewisser Weise das ein, was als wachstumspessimistische Sichtweise bezeichnet werden könnte; eine Sichtweise, die, im Unterschied zur Negierung jeglicher Wachstumsgrenzen, von klaren Grenzen des Wachstums ausgeht und dies sowohl aus ökologischen wie auch aus ökonomischen und sozialen Begründungen ableitet. Es wird darauf verwiesen, dass in einer begrenzten Welt unbegrenztes Wachstum schlicht nicht möglich sei, zumal konstante Wachstumsraten mit einer exponentiellen, also einer dynamisch steigenden Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts verbunden seien. Wachstum drohe zum Selbstzweck zu werden, dem auf hohem Einkommensniveau zunehmend der Sinn abhandenkommt – Wachstum und Wohlstand entkoppeln sich zunehmend. Könnte man bis hierhin diese Perspektive auch als „wachstumsrealistisch“ bezeichnen, kommt der pessimistische Zug dadurch hinein, dass aus diagnostizierten Grenzen des Wachstum der Schluss gezogen wird, sich in Zukunft vieles, vor allem an sozialen Leistungen, nicht mehr leisten zu können. Insofern müsse die Politik mit klaren Einspar- und Kürzungsentscheidungen dieser Entwicklung Rechnung tragen; statt kontraproduktiver Wachstumspolitik sei eine ambitionierte Einsparpolitik das Gebot der Stunde. Hinsichtlich der Konsequenzen ist damit die wachstumspessimistische Sichtweise wieder nahe bei der wachstumsoptimistischen. Welcher Strömung ich ver.di zuordnen würde, ist, glaube ich, offenkundig.

6. Fazit

Damit komme ich zum Schluss. Die vorherrschende Orientierung auf Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung muss überwunden werden. Die Vergangenheit hat zur Genüge gezeigt, dass eine solche Ausrichtung der Politik den sozialen und ökologischen Anforderungen an eine qualitative und wohlstandförderliche Entwicklung nicht gerecht wird. Soziale und ökologische Probleme werden dadurch, im Gegenteil, weiter verschärft. Ein wesentliches Element qualitativer Entwicklung muss künftig, neben der Forcierung des ökologischen Umbaus, die massive Förderung und Ausweitung eines qualitativ hochwertigen Dienstleistungsangebotes sein, darunter vor allem öffentlicher Dienstleistungen im Bereich von Erziehung, Bildung, Gesundheit, Pflege, Mobilität und Energieeffizienz. Eine solche Ausrichtung vermag die Erfordernisse des Arbeitsmarktes mit den ökologischen und sozialen Anforderungen zu verbinden und leistet langfristig gleichzeitig einen Beitrag zur Entkopplung von BIP-Wachstum und Wohlstand. Wohlstand, das möchte ich unterstreichen, ist weit mehr, als durch Einkommen und BIP-Wachstum erfasst werden kann. So führt etwa eine Steigerung der individuellen Arbeitszeit zwar zu einem steigenden Einkommen und gesamtwirtschaftlich zu einem steigenden Bruttoinlandsprodukt, reduziert aber den Zeitwohlstand der Beschäftigten. Arbeitszeitverkürzung darf daher nicht nur als ein Instrument betrachtet werden, um bei vorhandener Arbeitslosigkeit zu einer besseren Verteilung der Arbeitszeit zu kommen und so die Beschäftigung zu steigern, sie muss auch als ein grundsätzliches Mittel zur Wohlstandssteigerung begriffen werden. Gute Arbeit, die Neuorganisation von Arbeit sollte insofern als ein

wichtiges Feld gesellschaftlicher Transformation begriffen werden, unter anderem auch als Einsatz für mehr Zeitsouveränität, mehr Zeit für Muße wie auch für Arbeit an der Gesellschaft und der Demokratie.

Ich gehe also, zusammengefasst, davon aus, dass die Ursachen beider Krisen, der Wirtschafts- und der ökologischen Krise, in Nicht-Nachhaltigkeit liegen, in Ressourcenplünderung und -vergeudung, überzogenem und fehlgerichtetem Wachstumsdrang, unmäßigen Gewinnerwartungen und mangelhafter Einbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft. Die Wirtschaft rückzubetten, Raum für andere Entwicklungsoptionen zu eröffnen, verlangt zugleich die Demokratisierung und eine sozialökologische Ausrichtung von Politik, verlangt einen wirklichen Bruch mit der bislang vorherrschenden Entwicklungslogik. Für einen solchen setzt sich ver.di ein, und wir suchen Verbündete wie an vielen anderen Plätzen auch hier bei Ihnen.